

**Freunde des FEZ e.V.  
(Herausgeber)**

**Yes, we can!**

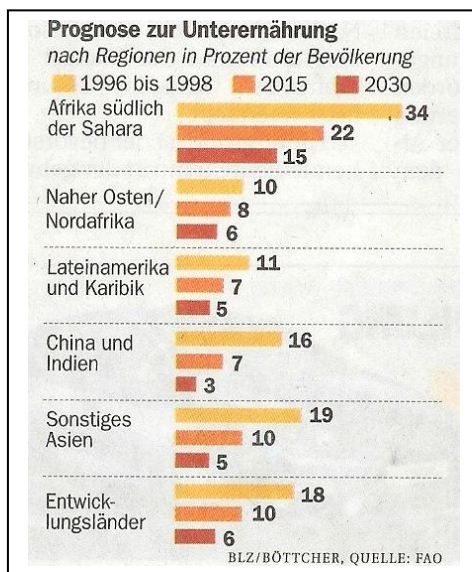
**Eine kommentierte Linkliste zur  
Bilanz des MDG-Prozesses**

**(stand vom November 2014)**

Autorin: Sabine Schepp

Kontakt zum Herausgeber: [www.freunde-des-fez.de](http://www.freunde-des-fez.de)

## Vorbemerkung des Herausgebers



**Liebe Leserinnen und Leser,**

nichts bleibt wie es ist. Dies betrifft auch die entwicklungspolitische Bildung. Wie in der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit generell gibt es immer wieder neue Aufgabenstellungen wie auch neue Betrachtungsweisen von alten Sachverhalten.

Aktuell findet eine Präzisierung des Konzepts des Globalen Lernens statt, angeregt u. a. durch die Bilanzierung der 2015 endenden UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“. Ausdruck sind das Konzept der Großen

Transformation, die inhaltlichen Vorbereitungen zum Post-2015-Entwicklungsagenda-Gipfel der UNO (September 2015) und die Überarbeitung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung. Eine Quintessenz aller neuen Tendenzen inkl. Aufgabenstellungen ist: Globales Lernen muss noch mehr Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen erreichen als bisher. Und: es muss rascher zu einer direkten bis indirekten Aktivierung der Zielgruppen entwicklungspolitischer Bildungsprozesse führen. Entscheidend dafür ist u. E. auch die verstärkte positive Emotionalisierung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen dahin, dass sie überzeugt sind, Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit bewirken etwas und sie können dabei tatsächlich wirksam einen von ihnen selbst bestimmten Part spielen. Ein Gebot der Stunde ist daher in Bildungsprozessen Fakten aufzuzeigen, die unterlegen, dass entwicklungspolitische Anstrengungen tatsächlich etwas nachhaltig bewegen. Dies bedeutet nicht, dass Probleme verschwiegen oder im Sinne einer Romantisierung schön geredet werden sollen. Es geht vielmehr auch um die Darstellung der Erfolgsgeschichte von Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Diese gerät manchmal außer Sicht, wenn auf die gravierenden Probleme der Gegenwart und Zukunft eingegangen wird. Aber eine Position des „5 nach 12“ motiviert und aktiviert unseres Erachtens nicht!

Für eine positive Bilanzierung bietet sich eine Sicht auf die Ergebnisse der ebenfalls in 2015 ablaufenden Umsetzungsperiode der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) an. Hier gibt es konkrete Ergebnisse und Fakten. Es macht Sinn, diese in entwicklungspolitische Bildungsmodule einzubauen. Es gibt dabei aber ein Problem: Vielfach sind solche Bilanzen nicht auf die Schnelle zu finden. Hier möchte unsere kleine Übersicht eine Hilfe leisten. Entstanden im Ergebnis einer Fortbildung von und mit Referentinnen und Referenten des Globalen Lernens im Mai 2014, führt die von Sabine Schepp zusammengestellte Übersicht die Lesenden zu aussagekräftige Webseiten. Zur besseren Verständlichkeit sind zudem Kommentare der Autorin beigefügt.

Freunde des FEZ wünscht Ihnen viel Vergnügen bei der Arbeit mit unserer Handreichung.

**Malte Letz** (Projektleiter Globales Lernen)

## Einführung der Autorin

Die Dekade der UN Kampagne zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) endet 2015. Zugleich markiert das Jahr 2014 das Ende der UNESCO Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Erste Analysen zeigen, dass die Ergebnisse der MDG Kampagne nicht grundsätzlich verheerend ausfallen. Vielmehr weist der 15-jährige Prozess neben nach wie vor unbefriedigenden Ergebnissen viele Resultate auf, die optimistisch für die Zukunft stimmen und von der Wirksamkeit von Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit sprechen. Das betrifft beispielsweise Ziel 1 (Beseitigung von extremer Armut und Hunger). Hier gibt es bezogen auf die Ernährungssituation nicht nur Verbesserungen durch den Aufstieg der BRICS-Staaten<sup>1</sup>. Ebenso haben vielzählige Entwicklungsprojekte in anderen Ländern des Südens die Ernährungslage vieler Menschen verbessert. Entwicklungspolitischen Bildungsakteuren wie uns liegen damit belegbare Fakten vor, die zeigen, wie konzentriertes entwicklungspolitisches Wirken über einen längeren Zeitraum tatsächlich Nachhaltiges erreicht. Relevant dabei ist auch, dass bei der Analyse dessen, was diese Wirkungen herbeigeführt hat, sichtbar wird: Es handelt sich nicht allein um Anstrengungen auf einer Meta-Ebene wie UNO, EU und Staatsregierungen; es sind auch viele zivilgesellschaftliche Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern in Nord und Süd beteiligt. Eine Bilanzierung der MDG eignet sich daher sehr gut, um Einzelne von ihrem entwicklungspolitischen Potential zu überzeugen.

Der Post-2015-Prozess macht zudem deutlich, dass der Abschluss der MDG-Kampagne nicht eine Abwendung von diesen Zielen und Handlungsfeldern bedeutet. Das gilt ebenso für die Ziele der BNE-Dekade. Letztere werden als Weltaktionsprogramm BNE weiterhin wichtiger Bestandteil der Folgeagenda sein. Die Folgeagenda wird die Weiterentwicklung der MDG mit „Nachhaltigen Entwicklungszielen“, den Sustainable Development Goals (SDG), ab Herbst 2015 zusammenführen. Die SDG wurden von einer Open Working Group entworfen und befinden sich derzeit im Diskussionsprozess mit den verschiedenen Stakeholder Gruppen. Ein Teil dieser Diskussion fließt hier mit ein.

In Deutschland hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung parallel auf Initiative von Bundesminister Dr. Gerd Müller den Prozess Zukunftscharta „EINEWELT – Unsere Verantwortung“ angestoßen. Im Rahmen dieses offenen Diskussionsprozesses wurden Themen zur Nachhaltigkeit diskutiert, die Deutschland bewegen und Ziele formuliert, die Anschlussfähig sind an die SDG und gemeinsam umgesetzt werden sollen.

Dieser Debatte hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) mit seinem Gutachten „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ wichtige Impulse gegeben. Der WBGU führt die Notwendigkeit einer Wende von der fossilen zur postfossilen Gesellschaft vor Augen und plädiert für einen neuen Gesellschaftsentwurf und Vertrag, der eine Kultur der ökologischen Verantwortung mit einer Kultur der sozialen Teilhabe und der Zukunftsvorsorge verbindet.

Der notwendige Suchprozess für eine sozial-ökologische Transformation basiert notwendigerweise auf Bildung und Wissenschaft. In diesem Sinne ist auch zunehmend von einer Transformativen Bildung für eine zukunftsfähige Entwicklung die Rede. Eine solche Bildung bedarf allerdings einer Bildungswende, denn die Grundlagen des Bildungswesens der Moderne legten zugleich das Fundament für die industrielle Zivilisation und Wachstumsgesellschaft.

Auch das Europäische Parlament betont anlässlich des bevorstehenden Endes der MDG-Kampagne 2015 die Wichtigkeit der Erreichung der Ziele und lädt mit dem Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 (EYD 2015) unter dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ zu einer breit angelegten Kommunikation zu allen Facetten der Entwicklungspolitik und der Nachhaltigen Entwicklung der EU und ihrer Mitgliedstaaten ein sowie zu einer breiten zivilgesellschaftlichen Debatte über die Inhalte der ab 2016 nachfolgenden globalen Nachhaltigkeitsziele. Dazu soll eine gut geplante partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen und nicht-staatlichen Akteuren stattfinden.

Die Diskussion um die Bilanz der MDG-Kampagne sowie die BNE-Dekade wie auch um den hier skizzierten Post-2015 Prozess bieten neue Koordinaten für die konzeptionelle Ausrichtung unserer Bildungsarbeit, bei der 2015 zudem aktuelle Aspekte der EU-Politik gut fokussiert werden können. Es geht dabei nicht nur um die Darstellung gegenüber Mittelgebern, sondern um neue Chancen konzentriert eine höhere Wirksamkeit zu erreichen und damit angesichts der Dringlichkeit eines sozial-ökologischen Wandels dem ambitionierten Anspruch einer „Transformativen Bildung“ näher zu kommen.

Die nachfolgende kommentierte Linksammlung gibt hierzu eine Einführung zum gegenwärtigen Stand.

---

<sup>1</sup> BRICS steht für die Anfangsbuchstaben der fünf aufstrebenden Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

## Kommentierte Linkliste

### Bilanz des MDG-Prozesses

#### und Beispiele erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Engagements

Im September 2000 trafen sich die Staats- und Regierungschefs aus 189 Ländern bei dem bis dahin größten Gipfeltreffen der Vereinten Nationen in New York und verabschiedeten dort die Millenniumserklärung, welche umfassend die Herausforderungen des neuen Jahrtausends darstellt, die bis heute relevant sind. Die Millennium Development Goals (MDGs, auf Deutsch Millenniums-Entwicklungsziele) sind acht globale Entwicklungsziele, die 2001 aus der Millenniumserklärung abgeleitet wurden und zu deren Erreichung sich die Weltgemeinschaft bis 2015 verpflichtet hat.

*„Die Millenniums-Entwicklungsziele bargen das Versprechen, die Grundsätze der Menschenwürde, der Gleichheit und der Gerechtigkeit zu wahren und die Welt von extremer Armut zu befreien. Mit ihren acht Einzelzielen und einem Katalog messbarer, befristeter Zielvorgaben schufen die Millenniums-Entwicklungsziele ein Konzept für die Bewältigung der dringendsten Entwicklungsprobleme unserer Zeit.*

(Der Bericht zeigt,) ...dass die Ziele das Leben vieler Menschen grundlegend verbessert haben. Die weltweite Armut wurde fünf Jahre vor Ablauf der vereinbarten Frist 2015 halbiert. Neunzig Prozent der Kinder in den Entwicklungsregionen erhalten nun eine Grundschulbildung, und Mädchen haben beim Schulbesuch aufgeholt. Auch im Kampf gegen Malaria und Tuberkulose gab es bemerkenswerte Erfolge sowie Verbesserungen bei allen Gesundheitsindikatoren. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind seinen fünften Geburtstag nicht erlebt, sank in den letzten beiden Jahrzehnten um die Hälfte. Damit werden jeden Tag ungefähr 17.000 Kinderleben gerettet. Auch das Ziel der Halbierung des Bevölkerungsanteils ohne Zugang zu verbesserter Wasserversorgung haben wir erreicht.

(...) Nun gilt es für alle Interessenträger, stärkere und gezielte Anstrengungen in den Bereichen zu unternehmen, in denen die Fortschritte zu langsam vorangehen und nicht alle Menschen erreichen.“

(UN Generalsekretär Ban Ki-Moon, MDG-Bericht 2014, S.3)

<http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG%20Report%202014%20German.pdf>

*„Stimmen des Südens erkennen an, dass eine der größten Stärken der MDG darin lag, die abstrakte Idee einer globalen Verantwortung für die Abschaffung von Armut einem breiten Publikum zu kommunizieren.“* In: *Stimmen des Südens Post2015 Was kommt nach den MDG?* (FIRST APPROXIMATIONS ON POSTMDG INTERNATIONAL DEVELOPMENT GOALS A contribution by the Southern Voice on PostMDG International Development Goals towards preparation of the report by the UN High Level Panel on the Post2015 Development Agenda, Southern Voice Occasional Paper Special Issue, Dhaka, Bangladesh 11 February 2013, B 4. <http://post2015.org/2014/07/30/southern-voice-occasional-paper-series/>

Eine spezifische Auskunft zu lokalen MDG-Aktivitäten und Entwicklungen finden sich in verschiedenen Sprachen in den Länderberichten bzw. in Einzelberichten zu Afrika, den arabischen Staaten, Asien und dem Pazifik, Europa und den Commonwealth unabhängigen Staaten (Zentralasien), sowie Lateinamerika und die Karibik. <http://www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/mdg/mdg-reports/>

Einen kritischen Blick auf die Entwicklung der MDG-Kampagne bietet seitens der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland der VENRO als entwicklungspolitische Dachorganisation BERICHT 2010 / EMPFEHLUNGEN FÜR DIE POST-2015 AGENDA

[http://venro.org/publikationen/?no\\_cache=1&tx\\_igpublikationen\\_publicationen%5Baction%5D=list&tx\\_igpublikationen\\_publicationen%5Bcontroller%5D=Publikationen](http://venro.org/publikationen/?no_cache=1&tx_igpublikationen_publicationen%5Baction%5D=list&tx_igpublikationen_publicationen%5Bcontroller%5D=Publikationen)

VENRO ist zugleich Projektträger der Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ die sich im Rahmen der MDG zur Aufgabe gesetzt hat insbesondere junge Menschen zu informieren und aktivieren. Die Internetseite bietet entsprechend regelmäßige Informationen u.a. mit Newslettern und Aktionsanregungen sowie unter „MDG“ zu jedem Ziel eine Kurzfassung der kommentierten Ergebnisse:

<http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/ueberuns/projekt.html>

CONCORD, das Bündnis europäischer NGO und Hauptgesprächspartner von europäischen Institutionen für Entwicklungspolitik hat zum UN MDG Gipfeltreffen 2010 ein ausführliches Positionspapier mit Empfehlungen an die EU veröffentlicht:

[http://www.bond.org.uk/data/files/Bond\\_Concord\\_MDGs\\_paper/bond\\_concord\\_mdgs\\_position\\_paper.pdf](http://www.bond.org.uk/data/files/Bond_Concord_MDGs_paper/bond_concord_mdgs_position_paper.pdf)

Anknüpfend an die MDG-Kampagne sind im FEZ die Ziele 1-3 sowie 7 und 8 konkreten Veranstaltungsformaten zugeordnet worden. Diese Ziele bilden hier einen Schwerpunkt für die Bilanz:

Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung

Ziel 3: Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

Ziel 7: Sicherung einer ökologischen Nachhaltigkeit

Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Basis für die nachfolgende Auswertung der MDG-Kampagne ist der MDG-Bericht der UN von 2014

<http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG%20Report%202014%20German.pdf>

### **Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers**

Zielvorgabe 1A: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Ein Blick auf die weltweite Entwicklung zeigt, dass tatsächlich laut oben angegebenem MDG-Bericht 2014 bereits 2010 Zielvorgabe 1A erreicht war. Denn 1990 lebten noch 36% aller Menschen von weniger als 1,25 \$ pro Tag, während dieser Anteil bis 2010 auf 18 % reduziert werden konnte (UN MDG-Bericht, 2014, Graphik S.8).

Bei genauerer Betrachtung der Regionen zeigt der Bericht (S. 8) allerdings, dass diese Entwicklung insbesondere nicht für den afrikanischen Kontinent südlich der Sahara und das südliche Asien zutrifft. In Afrika südlich der Sahara lebten 1990 56% aller Bewohner/innen von weniger als 1,25 \$ und 2010 waren es immer noch 48%. 2010 lebte ein Drittel der 1,2 Milliarden extrem armen allein in Indien. (ebd. S.8-9).

Der Bericht gibt keine Angaben darüber, ob und welche Bevölkerungsgruppen besonders von Armut gefährdet sind.

Der Human Development Report (HDR) der UN von 2014 fokussiert die menschliche Entwicklung unter der Perspektive ihrer Gefährdung (vulnerability). Armut und „vulnerability“ sind miteinander mehrdimensional verbunden und verstärken sich gegenseitig. Sie sind jedoch keine Synonyme (vgl. ebd. S.18ff). Als gefährdete Bevölkerungsgruppen werden dort Arme genannt, informelle Arbeiter/innen, sozial ausgeschlossene, Frauen, Menschen mit Behinderungen, Migrant/innen, Minderheiten, Kinder, ältere Menschen, Jugendliche, ganze Communities und Regionen (ebd. S. 19). An anderer Stelle werden unter struktureller Gefährdung Minderheiten differenziert genannt (ethnische, linguistische, religiöse, migrantische und sexuelle) sowie indigene Bevölkerungsgruppen und Menschen in ländlichen oder abgelegenen Gebieten. Darüber hinaus werden umschlossene Länder oder Länder mit begrenzten natürlichen Ressourcen genannt als anfälliger im Falle von schockartigen Vorfällen (ebd. S.70-71). (Download auf Englisch oder Französisch):

<http://www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/hdr/2014-human-development-report/>

Die gefährdeten Bevölkerungsgruppen verdeutlichen die Notwendigkeit ihres Empowerments und darunter u.a. des Perspektivwechsels in der Bildungs- und Kampagnenarbeit bei uns. Für Indigene leistet z.B. Survival International einen wichtigen Beitrag dazu:

<http://www.survivalinternational.de>

Aber auch zahlreiche andere Organisationen, die Schlüsselfiguren zur Berichterstattung und zum Austausch zu öffentlichen Veranstaltungen nach Deutschland einladen.

Ein typisches Maß für Armut basiert auf Einkommen oder Konsum, die nur einen Teilaspekt widerspiegeln. Viele Menschen leiden unter schlechter Gesundheitsversorgung, Ernährung, Bildung, schlechten Wohnverhältnissen, einer nicht angemessenen Existenzgrundlage und sind zudem möglicherweise sozial

ausgeschlossen. Einige dieser weiteren Armutsaspekte sind im Konzept der multidimensionalen Armut, bzw. im „Multidimensional Poverty Index“ (MPI) festgehalten. Der Anteil der Menschen, die von multidimensionaler Armut betroffen sind, ist in der Regel höher als der Anteil, der von weniger als 1,25 \$ am Tag lebt (HDR 2014, S. 41). In ländlichen Gebieten ist die multidimensionale Armut tendenziell am höchsten und liegt vielfach bei über 95% (HDR 2014, S. 72).

#### **Zielvorgabe 1B:**

Mit der Zielvorgabe 1B wird als Maßnahme gegen extreme Armut die Verwirklichung von produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen angestrebt. Insofern spielt für die Kampagnen-, Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit „Decent Work“ bzw. menschenwürdige Arbeit eine große Rolle.

*„Der Anteil unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, definiert als Anteil der Selbständigen und der unbezahlten Familienarbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung, lag 2013 in den Entwicklungsregionen bei schätzungsweise 56 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse, gegenüber 10 Prozent in den entwickelten Regionen. Dieser Anteil sank im Zeitraum 2008-2013 um 2,8 Prozentpunkte. Im vorangegangenen Fünfjahreszeitraum (2003-2008) hatte der Rückgang noch 4,0 Prozentpunkte betragen.“* (MDG-Bericht 2014, S. 10)

Der MDG-Bericht führt den langsamen Rückgang von Beschäftigungsverhältnissen mit niedriger Qualität (z.B. Selbstständige und unbezahlte Familienangehörige) auf die Wirtschaftskrise von 2008 zurück.

Diskutiert wird seitens NGO das fehlen von Sanktionsmöglichkeiten gegen Unternehmen zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs) entlang der Lieferketten. Die von der EU Kommission in Auftrag gegebene EU-CSR-Impact-Studie kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass die bisher nur „weichen“ politischen Anreize, wie CSR-Preise und Informations- und Netzwerkplattformen, keinen maßgeblichen Einfluss auf das CSR-Engagement haben und fordert daher die Politik dazu auf, regulatorisch stärker einzugreifen.

Informationen zur Rolle Europas für die Unternehmensverantwortung und aktuelle Prozesse zu deren Stärkung finden sich im CorA (Corporate Accountability Netzwerk für Unternehmensverantwortung) Newsletter von Juli 2014.

Aktuell ist einiges in Bewegung, das sich zum Einbezug in Bildungsveranstaltungen zu Rohstoffen, Lieferketten, Fairer Beschaffung, menschenwürdiger Arbeit, etc. mit Jugendlichen und Erwachsenen Zielgruppen insbesondere im EU Jahr der Entwicklung anbietet:

[http://www.cora-netz.de/cora/wp-content/uploads/2014/07/CorA\\_Newsletter\\_2014-07.pdf](http://www.cora-netz.de/cora/wp-content/uploads/2014/07/CorA_Newsletter_2014-07.pdf)

Auch auf der Ebene der Bundesländer und Kommunen hat sich in den letzten Jahren in Form von Selbstverpflichtungen zu einer fairen öffentlichen Beschaffung mancherorts etwas bewegt:

<http://www.weed-online.org/themen/4892311.html>

Eine andere Form der kommunalen Unterstützung des Fairen Handels sind „Fairtrade-Towns“.

Sie werden in der Regel durch das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure angestoßen und begleitet.

<http://www.fairtrade-towns.de/nc/startseite/>

Ein weiterer Ansatz sind Fairtrade Schulen:

<http://blog.fairtrade-schools.de/author/kunzmannaugust-sander-schule-de/>

In Berlin begleitet und zeichnet das EPiZ Schulen als Faire Schule aus:

<http://www.epiz-berlin.de/?FaireSchule>

Weitere Beispiele aus der Zivilgesellschaft:

Zwei Politikstudenten aus Freiburg befassten sich in ihrem Studium mit dem Thema der Arbeitsbedingungen entlang der textilen Lieferkette, lernten die Frauen-Kooperative Fair Trade Zone „Nueva Vida“ in Nicaragua kennen und gründeten zunächst ein Online-Unternehmen u.a. zum Vertrieb der von der Kooperative produzierten T-Shirts. Heute leiten sie ein kleines erfolgreiches Unternehmen und ihre Zulieferer/innen aus Nicaragua konnten sich ein menschenwürdiges Leben schaffen:

<http://www.inkota.de/themen-kampagnen/soziale-verpflichtung-fuer-unternehmen/kampagne-fuer-saubere-kleidung/outdoor-skate-surf/materialien/fair-trade-zone-nicaragua/>

Diese Fairtrade T-Shirts aus Biobaumwolle sind zugleich ein geeignetes Produkt für hiesige Schülerfirmen und alle Gruppen und Initiativen sowie Einzelpersonen, die T-Shirts benötigen oder vertreiben und Initiativen von Menschen aus dem globalen Süden unterstützen möchten, sich eine menschenwürdige Existenz zu schaffen.

Ein weiteres Beispiel aus einer Fair Trade Kooperative im Senegal zeigt, lokal an den Klimawandel angepassten Bioanbau von Baumwolle sowie dessen komplette lokale Weiterverarbeitung zu Kleidungsstücken für den lokalen Markt, in Kombination mit Verkauf in Dakar und teils auch in Europa. U.a. baut die Kooperative in den besonders trockenen Gegenden eine Hirsesorte an, die auch in trockenen Jahren noch entscheidend zur lokalen Ernährungssicherheit beiträgt. Die Kooperative wird von der senegalesischen Bauernorganisation ENDA ProNat in Zusammenarbeit mit dem WFD im Aufbau einer ökologischen, wirtschaftlich nachhaltigen Landwirtschaft unterstützt. Partner ist u.a. die Heinrich-Zille-Grundschule Berlin.  
<http://www.wfd-projekte.de/category/afrika/senegal/pronat/> <http://www.wfd-projekte.de/category/europa/deutschland/heinrich-zille-grundschule/>  
[http://www.befair.be/sites/default/files/all-files/brochure/6\\_YAKAAR\\_EN\\_V1.pdf](http://www.befair.be/sites/default/files/all-files/brochure/6_YAKAAR_EN_V1.pdf)

### **Zielvorgabe 1C: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden**

„2012 waren weltweit schätzungsweise 99 Millionen Kinder unter fünf Jahren untergewichtig, das heißt für ihr Alter zu leicht. Das entspricht 15 Prozent oder etwa einem Siebtel aller Kinder unter fünf Jahren. Gegenüber den schätzungsweise 160 Millionen untergewichtigen Kindern im Jahr 1990 ist dies ein Rückgang um 38 Prozent.

Wachstumshemmung – definiert als zu geringe Größe für das Alter des Kindes – ist ein besserer Indikator als Untergewicht für die kumulativen Auswirkungen von Unterernährung und Infektionen bei Kindern während des kritischen 1.000-Tage-Zeitraums, der die Schwangerschaft und die ersten beiden Lebensjahre eines Kindes umfasst. Wachstumshemmung ist häufiger als Untergewicht, und 2012 war weltweit jedes vierte Kind davon betroffen. Obwohl die Prävalenz von Wachstumshemmungen von schätzungsweise 40 Prozent im Jahr 1990 auf 25 Prozent im Jahr 2012 gesunken ist, sind nach wie vor schätzungsweise 162 Millionen Kinder unter fünf Jahren durch Beeinträchtigungen ihrer kognitiven und körperlichen Entwicklung gefährdet, die mit dieser chronischen Form der Unterernährung einhergehen.

Ebenso wie beim Untergewicht sank auch die Zahl der unter Wachstumshemmung leidenden Kinder in allen Regionen außer Afrika südlich der Sahara, wo die Zahl der Kinder mit Wachstumshemmung zwischen 1990 und 2012 alarmierend anstieg, und zwar um ein Drittel von 44 auf 58 Millionen.

Dennoch litten im Zeitraum 2011-2013 weltweit etwa 173 Millionen weniger Menschen unter chronischem Hunger als 1990-1992.“ (MDG-Bericht 2014, S. 13-14)

Einer der Gründe wird in Konflikten gesehen:

Die Zahl neu vertriebener Menschen hat sich seit 2010 verdreifacht:

*„Mit dem Fortdauern zahlreicher Flüchtlingskrisen war die Zahl der Betroffenen im Jahr 2013 so hoch wie seit 1994 nicht mehr. (...) Ende 2013 wurden weltweit 51 Millionen Menschen, so viele wie noch nie zuvor, durch Verfolgung, Konflikte, weit verbreitete Gewalt und Menschenrechtsverletzungen vertrieben. (...) Entwicklungsländer, in denen vielfach Armut herrscht, tragen nach wie vor die größte Last. Sie nahmen 86 Prozent der Flüchtlinge unter dem Mandat des UNHCR auf. Vor zehn Jahren waren es noch 70 Prozent.“* (ebd. S. 15)

Unter Bildungsakteuren des Globalen Lernens bekannte Stichworte wie Agrokraftstoffe, Agrokonzerne, Gentechnik, Land Grabbing, Nahrungsmittelspekulation, etc. werden seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen als der Ernährungssicherheit oder gar Ernährungssouveränität entgegenwirkend diskutiert. Das INKOTA Netzwerk ist eine der bekannten Plattformen, die über diese und andere Themen informieren sowie Kampagnen durchführen, an denen sich auch Zielgruppen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit beteiligen können.

<http://www.inkota.de/themen-kampagnen/welternaehrung-landwirtschaft/>

Survival International e.V. (siehe oben) und Regenwaldgebiete betreffend auch Rettet den Regenwald e.V. [www.regenwald.org](http://www.regenwald.org) sind insbesondere mit indigenen Betroffenengruppen vernetzt und leisten erfolgreich Email-Kampagnenarbeit mit deren Hilfe entscheidende politische Vertreter/innen oder Konzernvertreter/innen zum Handeln aufgefordert werden.

Siehe auch die Forderungen des globalen Indigenen Frauenausschusses (GIWC) unter Ziel 7.

## **Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung**

### **Zielvorgabe 2A:**

Die Bildungsbeteiligung stieg bis 2012 auf 90% in Entwicklungsregionen. *„Die größten Verbesserungen wies Afrika südlich der Sahara auf, wo die bereinigte Netto-Bildungsbeteiligungsquote zwischen 2000 und 2012 um 18 Prozentpunkte stieg. (...) Trotz seiner beeindruckenden Erfolge steht Afrika südlich der Sahara vor einer großen Herausforderung: dem raschen Bevölkerungswachstum. 2012 mussten 35 Prozent mehr Schulkinder untergebracht werden als 2000“*, bei gleichzeitig sinkenden finanziellen Hilfen. (vgl. MDG-Bericht 2014, S.17-18)

*„Die Zahl der Kinder, die keine Schule besuchten, fiel zu Anfang des Jahrzehnts deutlich – von 100 Millionen im Jahr 2000 auf 60 Millionen im Jahr 2007. Danach stagnierten die Fortschritte. 2012 gingen noch immer 58 Millionen Kinder nicht zur Schule. (...) In konfliktbetroffenen Gebieten leben 22 Prozent der Weltbevölkerung im Grundschulalter, jedoch schätzungsweise 50 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe, die nicht zur Schule gehen. 44 Prozent dieser Kinder leben in Afrika südlich der Sahara (...).“* Neben Kindern aus Konfliktgebieten besuchen vor allem Mädchen aus armen ländlichen Gebieten und Kinder mit Behinderungen keine Schule. Ein weiteres Problem ist die hohe Quote von Schulabbrechern. (ebd. S.17)

*„In vielen Fällen ist auch die Qualität der schulischen Bildung unzureichend. So ist nicht sichergestellt, dass Kinder, die zur Schule gegangen sind, auch lesen können.“* (Deine Stimme gegen Armut: Bezug nehmend auf den Fortschrittsbericht 2012: <http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/themen/mdg/mdg-2.html#c1325> )

In Zusammenhang mit den Investitionen in Schulen sowie auch in Sicherungssysteme sieht der Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO/ILO) von 2013 einen deutlichen Rückgang der Anzahl der arbeitenden Kinder. So ist die Zahl der arbeitenden Kinder von 2000 bis 2012 von 246 Millionen auf 168 Millionen und somit um fast ein Drittel gesunken. Die Zahl der arbeitenden Mädchen sank sogar um 40 Prozent, die von Jungen um 25 Prozent. (Deine Stimme gegen Armut informiert: Ausgabe 09/2013, Punkt 4):

<http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/politik-aktuell/deine-stimme-informiert/ausgabe-092013.html>

Das Kinder und Jugendliche aber auch über die Integration in familiäre und kommunale Arbeitsprozesse Bildung erfahren können und also Kinderarbeit nicht pauschal abgeschafft werden sollte ist in der bolivianischen Verfassung festgehalten und wird darüber hinaus von der Union arbeitender Kinder und Jugendlicher Boliviens (UNATSBO) weit darüber hinaus in einem selbst entworfenen Gesetzentwurf vertreten. Der Staat wird darin verpflichtet, die Arbeitsrechte der Kinder und Jugendlichen als „soziale Akteure“ zu fördern, sie bei ihrer Arbeit gegen Missbrauch und Ausbeutung zu schützen und ihnen eine integrale Bildung und eine Berufsausbildung zu gewährleisten, die ihren Wünschen, Eigenschaften und Fähigkeiten entsprechen. Das bolivianische Parlament verabschiedete 2013 ein entsprechendes Gesetz, siehe:

<http://www.pronats.de/home/news/unatsbo-gesetzentwurf/>

Auch in Deutschland wird die Arbeitswelt mehr und mehr als Bildungsinstrument für Kinder und Jugendliche wertgeschätzt mit Schülerpraktika, Schülerfirmen und dem dualen System der Oberstufenzentren.

Weit über die im MDG-Bericht bemängelte Kritik an der Qualität der Schulbildung hinaus, die sich auf westliche Bildung bezieht, beklagen Indigene vielfach, dass westliche Bildung ihren Anforderungen angepasst werden muss. Survival International fasst zusammen:

*„Während Bildung an allen Orten dieser Welt wichtig für Kinder ist, ist Schulbildung wie sie die meisten indigenen Kinder erleben, eher ein Fluch als ein Segen. Sie wird oft als Instrument verwendet, die Kinder von ihren Familien, Traditionen und Sprachen zu trennen und dies hilft dem Staat, Kontrolle über die indigenen Völker und deren Land zu gewinnen.*

*Es muss so nicht enden. Es existiert angemessene Schulbildung für indigene Völker – sie ist nur viel zu selten.“* (Survival International: <http://www.survivalinternational.de/ueber/bildung>)



Im Post-2015-Prozess fordern indigene Jugendliche in ihrer Abschlussdeklaration:

Unter Punkt 27: *„Aufruf aller Staaten, UN Geschäftsstellen und relevanten Organisationen Mittel bereitzustellen und für indigene Kinder und Jugendliche den Zugang zu Bildungsprogrammen in indigenen Sprachen zu fördern.“*

Unter Punkt 28: *Empfiehl, dass alle Staaten und UN Geschäftsstellen den UNDRIP Article 14<sup>2</sup> anwenden, indem sie indigenen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Bildung in ihrer indigenen Sprache sichern und von indigenen Völkern selbst definierte kulturell spezifisch geeignete Bildungsprogramme, -Richtlinien, -Pläne und -Curricula entwickeln, die ihre Geschichten, Identitäten, Werte, ihren Glauben, ihre Kulturen, Sprachen und ihr traditionelles Wissen akkurat einbezieht.“* (Global Indigenous Youth Caucus Declaration on the World Conference on Indigenous Peoples 2014 The GIYC Preparatory meeting in Inari, Finland April 9-11, 2013 <http://wcip2014.org/resources>)

Ein Beispiel für eine Initiative von Indigenen die ausgehend von ihren Erfahrungen mit nachhaltiger Nutzung von Regenwald über die Bildung ihrer Kinder hinaus eine Bildungsstätte für die benachbarte Bevölkerung aufgebaut haben, ist eine Asháninka Gemeinschaft der Amazonasregion in Brasilien:

<http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=1166&highlight=ashaninka>

Diese Gemeinschaft erhält u.a. Unterstützung für ihre Projekte durch ein Klimabündnis mit der Stadt München und unterstützt damit darüber hinaus auch BNE in Deutschland:

[http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Internationales/Kommunale Entwicklungszusammenarbeit/Projekte/Klimaschutz.html](http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Internationales/Kommunale%20Entwicklungszusammenarbeit/Projekte/Klimaschutz.html)

Zum Thema der Transformativen Bildung und der Notwendigkeit das Bildungswesen neu zu gestalten, da das der Moderne die Grundlagen für die Industrie- und Wachstumsgesellschaft bot und bietet wie oben beschrieben, siehe Klaus Seitz: Transformation als Bildungsaufgabe – Herausforderungen für die Post-2015 Agenda, in: Rundbrief Bildungsauftrag Nord-Süd, Nr. 78, März 2014, Hrsg. WUS

[http://www.wusgermany.de/sites/wusgermany.de/files/content/files/2.02\\_wus\\_rb\\_78\\_14\\_screen\\_2\\_final.pdf](http://www.wusgermany.de/sites/wusgermany.de/files/content/files/2.02_wus_rb_78_14_screen_2_final.pdf)

Aus post-kolonialer Perspektive wird mit westlicher Schulbildung auch auf subtile Weise ein Herrschaftsverhältnis zementiert:

*„Herrschaftsverhältnisse werden (...) nicht nur durch direktes Eingreifen mittels konditionierter „Entwicklungshilfe“ hergestellt, sondern auch auf subtileren Wegen durch die Verbreitung einer spezifischen westlichen Lebens- und Wirtschaftsweise: Menschen im Süden internalisieren die vorgebliche Alternativlosigkeit des westlichen Entwicklungsweges, wenn in Bildungseinrichtungen, in den Medien und in der Politik ‚westliches‘ Wissen als überlegen präsentiert wird.“* (Daniel Bendix: Entwicklungspolitik im Zeichen der Millennium Development Goals. Eine antirassistische Perspektive auf die deutsche EZ, in: Von Trommlern und Helfern, Hrsg.: BER e.V. 2007. Download: <http://ber-ev.de/infopool-publikationen/download-artikel-trommler-und-helfer>)

Ein Beispiel für gelungene Projekte der Zusammenarbeit zwischen Migrantenselbstorganisationen (MSO), hiesigen Schulen und einem Entwicklungskomitee in einer Kommune Togos ist Bildung für Balanka e.V. Der Potsdamer Verein hat in Absprache mit dem Entwicklungskomitee sowie mit Unterstützung der Potsdamer Schule und Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit sowie Sponsoring u.a. eine weiterbildende Schule und eine Bibliothek in Balanka, Togo errichtet und erreicht, dass der Staat die Finanzierung der Lehrkräfte übernimmt. Der Bibliothekar wird über Einnahmen aus einer über Solarzellen gespeisten Handy-Ladestation finanziert, die in dem ansonsten Stromlosen Ort nicht nur das Lernen nach Einbruch der Dunkelheit ermöglicht sondern als Nebenprodukt die Mobilfunknutzung des 5.000 Seelen Ortes sicherstellt. Über die Zusammenarbeit mit den Schulen wird zugleich BNE für die Schulen bzw. Schüler/innen in Potsdam geboten:

<http://www.balanka.org/chronik> Siehe auch in „Kommunale Entwicklungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern

---

<sup>2</sup>UNDRIP Article 14

1. Indigene Völker haben das Recht ihre Bildungssysteme und Institutionen zu etablieren und kontrollieren indem Bildung in ihren eigenen Sprachen angeboten wird, in einer für ihre kulturellen Lehr- und Lernmethoden geeigneten Form.
2. Indigene Individuen, insbesondere Kinder haben das Recht auf alle Stufen und Formen von Bildung eines Staates ohne Diskriminierung.
3. Staaten sollten in Vereinigung mit indigenen Völkern effektive Maßnahmen ergreifen, um indigenen Individuen, insbesondere Kindern, inklusive jenen, die außerhalb ihrer Kommunen leben, Zugang zu einer, wenn möglich, Bildung in ihrer eigenen Kultur zu bieten und in ihrer eigenen Sprache.

und Brandenburg – Dokumentation des Fachtages in Schwerin“ unter Ziel 7.

### **Ziel 3: Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen**

Mit dem Ziel eines Frauen-Empowerments wurde seitens der UN Generalversammlung 2010 auch „UN Women“ gegründet: <http://www.unwomen.org/en>  
MDG Kritik und Forderungen aus Sicht von Indigenen Frauen sind in dem Dokument Global Indigenous Women's Caucus Outcome Document auf folgender Seite zu finden <http://wcip2014.org/resources>

#### **Zielvorgabe 3A: Das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005, und bis spätestens 2015 auf allen Bildungsebenen**

Insbesondere im Primarschulbereich sind in allen Regionen große Fortschritte erreicht worden und fast überall konnte das Geschlechtergefälle in der Primarschule beseitigen werden. Die restlichen Regionen sind dicht davor: Ozeanien, Westasien, Nordafrika und Afrika südlich der Sahara. In der letzt genannten Region erreichten Benin, Burkina Faso, Guinea, Mauretanien, Senegal, Sierra Leone und Tschad deutlich bessere Ergebnisse. Im Sekundarschulbereich haben insbesondere alle asiatischen Regionen enorme Verbesserungen erreicht, wenngleich West- und Südasien das Geschlechtergefälle noch nicht beseitigen konnten, insbesondere in Afghanistan und Pakistan. Afrika südlich der Sahara liegt trotz erheblicher Anstrengungen am weitesten zurück, gefolgt von Ozeanien (S.20).

Im tertiären Bildungsbereich fällt Afrika südlich der Sahara weit zurück. Südasien hat das Ziel zwar noch nicht erreicht, aber den Anteil junger Frauen fast verdoppelt. Alle anderen haben das Ziel nahezu erreicht oder sogar übertroffen.

Ein weiterer Fokus war der Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor. Auch hier hat es deutliche Fortschritte gegeben, insbesondere in der Region Afrikas südlich der Sahara, nicht dagegen in Nordafrika. Global stieg der Frauenanteil unter Erwerbstätigen von 35 Prozent im Jahr 1990 auf 40 Prozent 2012. Der Bericht beschränkt sich an dieser Stelle, darauf zu verweisen, dass eine familienfreundlichere Politik gefragt ist, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen.

Als letzter Aspekt wurde die politische Teilhabe von Frauen fokussiert: *„In 46 Ländern haben Frauen jetzt mehr als 30 Prozent der Sitze in mindestens einer der Parlamentskammern inne“* (S. 23).

Bezüglich der Erwerbstätigkeit von Frauen bemängelt *„Deine Stimme gegen Armut“*: *„Nach wie vor arbeiten Frauen häufiger in der Schattenwirtschaft oder prekären Beschäftigungsverhältnissen als Männer. Sie sind somit schlechter bezahlt und unsicheren Arbeitsbedingungen ausgesetzt.“*

Die 17 jährige pakistanische Schülerin und Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai ist in diesem Jahr zum Symbol für den Einsatz für die Gleichberechtigung von Frauen in der Bildung selbst gegenüber islamistischen Extremisten geworden.

In dem unter Ziel 2 erwähnten Beispiel des zivilgesellschaftlichen Engagements in Balanka (Togo), lag die Hauptmotivation für den Bau einer Sekundarschule darin, dass Mädchen wenn sie die Grundschule abschließen als noch zu jung erachtet werden, um allein in einer anderen Stadt eine weiterführende Schule zu besuchen.

### **Ziel 7: Sicherung einer ökologischen Nachhaltigkeit**

#### **Zielvorgabe 7A: Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme integrieren und den Verlust von Umweltressourcen umkehren**

#### **Zielvorgabe 7B: Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010**

2012 waren 14 Prozent der Landflächen und Küstengewässer der Erde geschützte Ökosysteme.

Dennoch ist es trotz der Einrichtung dieser Schutzgebiete und Wiederaufforstungsmaßnahmen bisher nicht annähernd gelungen den Verlust von Umweltressourcen auch nur zu stoppen geschweige denn umzukehren. *„Zwischen 2000 und 2010 gingen durch Zerstörung aufgrund natürlicher Ursachen oder durch geänderte Flächennutzung jährlich rund 13 Millionen Hektar Waldfläche verloren. Verstädterung und die Ausweitung der großflächigen kommerziellen Landwirtschaft waren weltweit die Hauptursachen für die Entwaldung. (...) Durch Entwaldung sinkt die biologische Vielfalt, der Zugang zu sauberem Wasser wird erschwert, Bodenerosion nimmt zu und mehr Kohlenstoff wird in die Atmosphäre freigesetzt. Entwaldung führt häufig zum Verlust dieses wichtigen Wirtschaftsguts und in Entwicklungsländern zum Wegfall von Möglichkeiten der Existenzsicherung für*

*ländliche Gemeinschaften, indigene Völker und Frauen.*“ Auch der weltweite Ausstoß von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ist seit 1990 um 50 Prozent gestiegen und viele Arten sind durch sinkende Populationen und abnehmende Verbreitung immer stärker vom Aussterben bedroht. Die biologische Vielfalt bietet unterschiedlichste Ökosystemdienstleistungen, von denen Leben und Existenzgrundlagen der Menschen abhängen. (MDG Bericht 2014, S. 40-43)

Der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß geht zu 20 Prozent auf die Vernichtung von Regenwäldern zurück. Davon sind allein 14 Prozent auf unseren Lebensmittelkonsum zurückzuführen. Zur Sensibilisierung bietet KATE e.V. mit dem „Klimafrühstück“ Bildungsmodule, die unter anderem in einem Pear to Pear Programm angeboten werden ([www.kate-berlin.de](http://www.kate-berlin.de)) und Alternativen aufzeigen.

Nach wie vor werden vielfach Indigene von Schutzgebieten vertrieben, die sie bis dahin als Existenzgrundlage nachhaltig genutzt und selbst geschützt hatten und über die sie besondere Kenntnisse gesammelt haben, die in der Folge verloren gehen. (Siehe oben Survival International S.5)

Indigene Frauen fordern entsprechend im Post-2015-Prozess:

Daran glaubend, *“dass wir alle Teil von Mutter Erde sind, eine nicht sichtbare, lebendige Gemeinschaft von miteinander verbundenen und voneinander abhängigen Wesen mit einem gemeinsamen Schicksal,”* bekräftigt das Global Indigenous Women Cauca (GIWC) hiermit die 2010 verabschiedete Universelle Deklaration der Rechte von Mutter Erde in ihrer Gänze. 2. Der GIWC schließt sich der Forderung anderer indigener Völker an *“dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen sie als allgemeinen Standard übernehmen soll, als Errungenschaft für alle Menschen und alle Nationen der Welt (...).*

*Gewalt gegen Mutter Erde:*

*Artikel 2 (1) (h) der Deklaration der Rechte von Mutter Erde sieht das Recht von Mutter Erde vor, frei von Kontaminierung zu sein, von Verschmutzung und toxischem oder radioaktivem Müll. Unter dem Deckmantel der Entwicklung wurde durch extraktive Industrie massive Zerstörung indigenen Landes verursacht inklusive der Verschmutzung von Land sowie der Legalisierung der Verschmutzung durch radioaktiven Müll. Diese Aktivitäten haben unverhältnismäßig große Auswirkungen auf indigene Frauen und Kinder gehabt und bedrohen ihre Gesundheit und ihr Leben.“*

(Global Indigenous Women’s Caucus Recommendations for Outcome of UNGA High Level Plenary Also to be called the World Conference on Indigenous People, March 28-30, 2013, New York, USA)

<http://wcip2014.org/wp-content>

Ein erfolgreicher Ansatz Indigene zu unterstützen, sind kommunale Partnerschaften wie beispielsweise die Klimaallianzen <http://www.indigene.de/home.html?&L=1>

Zugleich werden damit Indigene in der öffentlichen Wahrnehmung aufgewertet (siehe auch das Beispiel unter 2A).

Kommunale Partnerschaften erwachsen meist aus zivilgesellschaftlichen Partnerschaften und können langfristig zur Unterstützung und Verstetigung des eigenen Engagements mit anvisiert werden.

Siehe auch „Kommunale Entwicklungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg – Dokumentation des Fachtages in Schwerin“: [http://www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/dateien/kommunale\\_entwicklungspolitik\\_in\\_mv und\\_bb\\_dokumentation\\_des\\_fachtages\\_in\\_schwerin\\_dez\\_2013\\_0.pdf](http://www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de/sites/default/files/bundeslaender/dateien/kommunale_entwicklungspolitik_in_mv und_bb_dokumentation_des_fachtages_in_schwerin_dez_2013_0.pdf)

Berlin hat eine Städte- und Klimapartnerschaft mit Buenos Aires. Es können auch Bezirke Süd-Nord-Partnerschaften aufbauen, wie Köpenick mit Cajamarca (Peru) und Lichtenberg mit KaMubukwana, einem Bezirk in Maputo (Mosambik). Unterstützende Fachpromotorin für Kommunale Entwicklungspolitik in Berlin ist Helena Jansen (Kontakt: [helena.jansen@staepa-berlin.de](mailto:helena.jansen@staepa-berlin.de)).

Die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit wird insbesondere in Abhängigkeit von der politischen Kohärenz gesehen (siehe auch die europäische Dachorganisation der entwicklungspolitischen NGO CONCORD):

<http://issuu.com/concordngo/docs/pcd-eng>

In diesem Sinne sind auf der Ebene der Bundesländer die Anstrengungen beispielsweise Berlins und Brandenburgs wertzuschätzen, in denen in Zusammenarbeit mit allen Stakeholdern entwicklungspolitische Leitlinien entwickelt wurden. Entsprechende Dokumente stehen auf der Internetseite „Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik“ bereit: <http://www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de/deutsche-laender>

In Brandenburg ist zudem eine Landesnachhaltigkeitsstrategie verabschiedet worden zu deren Entwicklung und Umsetzung u.a. ein Jugendforum konsultiert wurde und wird:

<http://www.mugv.brandenburg.de/info/jugendforum>

**Zielvorgabe 7C: Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben**

Das Ziel wurde erreicht. „Mehr als 2,3 Milliarden Menschen haben seit 1990 erstmals Zugang zu einer verbesserten Trinkwasserquelle erhalten, doch beziehen immer noch 748 Millionen Menschen ihr Wasser aus unverbesserten Quellen.“ (MDG Bericht 2014, S. 40)

Auch viele zivilgesellschaftliche Organisationen haben in Kooperation mit lokalen Organisationen und lokalem Handwerk mit zum Erfolg beigetragen.

Vor allem in Afrika südlich der Sahara und Ozeanien ist das Ziel jedoch bei weitem noch nicht erreicht. Zivilgesellschaftliche Vertreter\_innen wie beispielsweise VENRO fordern vor allem, dass „...Wasser völkerrechtlich als öffentliches Gut anerkannt und eine Kommerzialisierung des Wassergebrauchs verboten werden“ muss. (Positionspapier 1/2014: Acht Kernpunkte einer neuen globalen Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015, S. 7 [http://venro.org/uploads/tx\\_igpublikationen/VENRO-DP\\_8Kernpunkte\\_web\\_NEU.pdf](http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/VENRO-DP_8Kernpunkte_web_NEU.pdf))

In ihrer Präambel heißt es dazu: „Nahezu alle Staaten haben die zentralen UN-Menschenrechtsabkommen ratifiziert und sich damit verpflichtet, unter anderem das Recht auf Nahrung, Wasser, Bildung, soziale Sicherheit und Gesundheit zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Eine zukunftsfähige Agenda darf nicht hinter diese bindenden internationalen Standards zurückfallen und bestehende internationale Abkommen dürfen von der Post- 2015-Agenda nicht relativiert oder verwässert werden.“ (ebd. S. 4)

„Seit 1990 hat mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen erhalten, doch eine Milliarde Menschen verrichten ihre Notdurft weiter im Freien.“ (MDG Bericht 2014, S. 45)

Auch für die Einrichtung von Sanitäranlagen haben sich etliche zivilgesellschaftliche Organisationen eingesetzt u.a. der unter Ziel 2 genannte Verein Bildung für Balanka in Kooperation mit ihrer Partnerschule in Potsdam. U.a. haben auch etliche Fairhandels-Kooperativen mit Hilfe der Prämie die Verbesserung ihrer Wasserversorgung finanziert. [http://www.fairtrade-deutschland.de/fileadmin/user\\_upload/ueber\\_fairtrade/2014\\_Monitoring\\_Report\\_de.pdf](http://www.fairtrade-deutschland.de/fileadmin/user_upload/ueber_fairtrade/2014_Monitoring_Report_de.pdf) S. 65)

**Zielvorgabe 7D: Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen**

„Obwohl die Millenniumszielvorgabe erreicht wurde, steigt die Zahl der Menschen, die in Slumverhältnissen leben.“ (MDG Bericht 2014 S.46)

Neben zahlreichen NGO, die u.a. mit Freiwilligendiensten zur Verbesserung der Lebenssituation in Slums beitragen, fordert CONCORD von der EU neben Investitionen in ein Community-zentriertes Aufwerten von Slum-Quartieren mehr Investitionen in ländliche Entwicklung (wie in dem Beispiel der senegalesischen Kooperative unter Ziel 1B) sowie sicher zu stellen, dass über Entwicklungsfinanzierung von Mitgliedsstaaten keine Räumungen von Communities stattfinden. In dem Zusammenhang ist auch die internationale zivilgesellschaftliche Kampagnenarbeit von großer Bedeutung.

**Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft**

**Zusammenfassung der Zielvorgaben 8A - 8F:** „Die angestrebte globale Entwicklungspartnerschaft soll auf mehreren Ebenen ansetzen. Dabei geht es um einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit, Schuldenerlass für die ärmsten Länder, ein partnerschaftliches Handels- und Finanzsystem und Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln, neuen Technologien aus den Bereichen Information und Kommunikation. Außerdem sollen sich Geber- wie Nehmerländer zu guter Regierungsführung verpflichten.“ (Deine Stimme gegen Armut: <http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/themen/mdg/mdg-2.html#c1333>)

Auf einen Blick steht dazu im MDG Bericht 2014 (S.48) in Kürze:

- 2013 war die öffentliche Entwicklungshilfe mit 134,8 Milliarden Dollar so hoch wie nie zuvor.
- 80 Prozent der Exporte aus den Entwicklungsländern in die entwickelten Länder sind zollfrei.
- Die Schuldenlast der Entwicklungsländer liegt weiterhin bei etwa 3 Prozent der Exporterlöse.
- Die Zahl der Internetnutzer in Afrika hat sich in den letzten vier Jahren fast verdoppelt.
- 30 Prozent aller Jugendlichen sind seit mindestens fünf Jahren online aktiv und damit „Digital Natives“.

Die Stimmen aus dem Süden „Voices of the South“ haben eine andere Wahrnehmung als die im MDG-Bericht 2014 wiedergegebene:

*„Wie weithin behauptet bleibt Ziel 8 bezüglich der globalen Partnerschaft für Entwicklung das schwächste Glied in der Umsetzung der MDG. Z.B. bleibt die Entwicklung eines offenen, auf Regeln beruhenden, vorhersehbaren und nicht diskriminierenden Handelssystem durch den Stillstand der World Trade Organization (WTO) Doha Runden-Verhandlungen blockiert sowie durch regionale Handelsvereinbarungen unterminiert. Die volle Umsetzung eines zollfreien und kontingentfreien (DF-QF) Systems für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) muss jetzt erfolgen. Der Fluss offizieller Entwicklungs-Assistenz (ODA) bleibt mit einigen Ausnahmen unerreicht, und sie werden in den kommenden Jahren weiter sinken. Die Verteilung der ODA sind außerdem verdreht, denn der Schwerpunkt hat sich auf eine Politik der Unterstützung der Wirtschaft (AfT) verlegt um die LDCs zu unterstützen.“*

FIRST APPROXIMATIONS ON POSTMDG INTERNATIONAL DEVELOPMENT GOALS

A contribution by the Southern Voice on PostMDG International Development Goals towards preparation of the report by the UN High Level Panel on the Post2015 Development Agenda, Dhaka, Bangladesh 11 February 2013 <http://southernvoice-postmdg.org/wp-content/uploads/2013/05/Special-Issue.pdf>

Die Vereinten Nationen (UN) haben bereits 1970 eine Resolution verabschiedet, welche die Geberstaaten aufforderte, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungsfinanzierung bereit zu stellen. 2012 beliefen sich die Leistungen Deutschlands auf 0,37 Prozent. Der neue Entwicklungsminister Müller strebt höhere Leitungen an.

[http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen\\_fakten/leistungen/entwicklung\\_1971\\_2012/index.html](http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/leistungen/entwicklung_1971_2012/index.html)

Ein von NGO vorgeschlagenes innovatives Finanzierungsinstrument, wie zum Beispiel Erlöse aus einer globalen Finanztransaktionssteuer, sind noch nicht aufgegriffen worden. Deutschland, Frankreich und 9 weitere EU-Staaten haben sie beschlossen. Derzeit blockiert noch die Finanzlobby in der EU, Siehe ATTAC

<http://www.attac.de/kampagnen/finanztransaktions-steuer/finanztransaktions-steuer/>

Als problematisch wird von Suedwind die Freihandelspolitik der EU angesehen sowie die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds und die Liberalisierungspolitik der WTO. Suedwind beschreibt die Entwicklung verhindernde EU Agrarpolitik am Beispiel der subventionierten Hühnerfleisch Exporte nach Ghana und Folgen der Wirtschaftsmigration in: „Jede geht – warum nicht Du?“ Arbeitsmigration westafrikanischer Frauen – ein Blick nach Ghana, Marokko und in die EU (Siegburg 2011, S.18ff: [http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2011/2011-24\\_Jede\\_geht\\_warum\\_nicht\\_Du\\_Arbeitsmigration\\_westafrikanischer\\_Frauen.pdf](http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2011/2011-24_Jede_geht_warum_nicht_Du_Arbeitsmigration_westafrikanischer_Frauen.pdf)).

Im Sinne eines faireren Handels sei hier von den Forderungen von CONCORD von 2012 hervorgehoben:

- aufzuhören, Entwicklungsländer zur Liberalisierung und Deregulierung ihrer Wirtschaft, im Finanz-, Industrie- und Landwirtschaftssektor (sowie weiteren Sektoren) über die WTO, EU, regionale und bilaterale Geschäfte zu drängen
- Finanzgeschäfte strikt zu regulieren, insbesondere rein spekulative Geschäfte mit Energie, Nahrungsmitteln und Land

(vgl. Towards the UN MDG Review Summit 2010 – Recommendations to the EU, S. 25-26)

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen haben bezüglich eines faireren und ökologischeren Handelns in den letzten Jahren viel erreicht, sowohl mit der Kampagnenarbeit als auch mit der Verbreitung des konkreten zertifizierten Fairen Handels.

Beispielhaft ist der Umsatz des Fairen Handels von 70 Millionen EUR im Jahr 2005 auf 400 Millionen EUR 2011 gestiegen <http://www.iwkoeln.de/de/infodienste/wirtschaft-und-ethik/beitrag/fairtrade-faire-weihnachten-101239> Im Einzelnen siehe auch den Bericht von 2013: [http://www.fairtrade-deutschland.de/fileadmin/user\\_upload/ueber\\_fairtrade/2014\\_Monitoring\\_Report\\_de.pdf](http://www.fairtrade-deutschland.de/fileadmin/user_upload/ueber_fairtrade/2014_Monitoring_Report_de.pdf)

Neben Fairhandelswaren im Einzelhandel, Online und in Weltläden, tragen zur Verbreitung u.a. unter 1B genannte Fairtrade-Towns, Fairtrade-Schools sowie Fairtrade-Schülerfirmen bei.

Aber auch der Markt der unter ökologischen und hohen Sozialstandards produzierten Waren wächst beständig insbesondere Online mit vielen kleinen Shops und Marktplätzen wie beispielsweise der Avocado-store [www.avocadostore.de](http://www.avocadostore.de)

### Weitere Beispiele für die zivilgesellschaftliche Umsetzung der MDG

Es gibt zahlreiche Beispiele für zivilgesellschaftliches Engagement für die Umsetzung der MDG. Hier seien nachfolgend zwei Broschüren von Brandenburger NGO vorgestellt. Die erste präsentiert das Engagement der sansibarischen Partner. Die zweite zeigt Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements hier vor Ort auf:

RAA Brandenburg: „Hinter Sonne, Strand und Meer - Wie Menschen in Sansibar die Millenniumsentwicklungsziele umsetzen“, Potsdam 2007.

[http://www.raa-brandenburg.de/Portals/4/media/UserDocs/sansibar07\\_komplett.pdf](http://www.raa-brandenburg.de/Portals/4/media/UserDocs/sansibar07_komplett.pdf)

CARPUS e.V.: Gegen Armut aktiv werden – Aber richtig! Dein Beitrag zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele, Cottbus 2008

<http://www.carpus.org/content/media/428.pdf>

### Post-2015 Prozess und Sustainable Development Goals (SDG)

In der Folgeagenda sollen die MDG in einer Weiterführung mit Sustainable Development Goals (Nachhaltigen Entwicklungszielen) zusammengeführt werden und ab September 2015 in Kraft treten. Dazu hat eine von der UN eingerichtete offene Arbeitsgruppe (Open Working Group) einen Entwurf mit 17 Zielen entwickelt die wiederum Unterziele haben, für welche konkrete Indikatoren der Zielerreichung formuliert wurden.

Nachfolgend die Übersetzung aus dem Englischen der Hauptziele des Entwurfs:

1. Armut in allen Formen überall beenden
2. Hunger beenden, Nahrungssicherheit erreichen und adäquate Ernährung für alle und nachhaltige Landwirtschaft fördern
3. Gesundes Leben für alle in jedem Alter erreichen
4. Gleiche und inklusive qualitativ hochwertige Bildung für alle bereitstellen sowie Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle
5. Gleichberechtigung der Geschlechter erreichen, alle Frauen und Mädchen ermächtigen
6. Wasser und sanitäre Anlagen für alle sichern
7. Für alle den Zugang zu einem bezahlbaren, nachhaltigen und verlässlichen Energieservice sichern
8. Starkes, inklusives und nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum fördern sowie menschenwürdige Arbeit für alle
9. Eine belastbare Infrastruktur bilden, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern sowie Innovation unterstützen
10. Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten reduzieren
11. Inklusive, belastbare und nachhaltige Städte und menschliche Siedlungen bauen
12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen
13. Auf allen Ebenen Aktionen fördern um dem Klimawandel und seinen Folgen zu begegnen
14. Schutz und nachhaltige Nutzung von Meeresressourcen, Ozeanen und Meeren erreichen
15. Schutz und Wiederherstellung von terrestrischen Ökosystemen sowie Förderung von deren nachhaltigen Nutzung, nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern, Desertifikation (Verwüstung) bekämpfen und Aufhalten sowie Umkehren von Landdegradation und Aufhalten des Verlustes von Biodiversität
16. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, Zugang zu Justiz für alle schaffen, eine Gesetzgebung sowie und auf allen Ebenen effektive, verlässliche sowie inklusive Institutionen bilden
17. Die Mittel für die Umsetzung verstärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung beleben

(In: Zero Draft: Sustainable Development Goals in mehreren Sprachen verfügbar)

<http://sustainabledevelopment.un.org/sdgsproposal.html>

Dazu die Diskussion des Weltkongresses Indigener:

<http://wcip2014.org>

Siehe auch oben genannte Southern Voices (Stimmen des Südens) und UN Women (Frauen) sowie Youth (Jugend).

Dazu liegt der Ministerpräsidentenkonferenz-Beschluss vom 12. Juni 2014 zur Post-2015-Agenda für eine nachhaltige (globale) Entwicklung vor:

[http://www.wusgermany.de/fileadmin/user\\_upload/Daten/Globales\\_Lernen/Informationsstelle/PDF/MPK\\_Beschluss\\_2014\\_HP.pdf](http://www.wusgermany.de/fileadmin/user_upload/Daten/Globales_Lernen/Informationsstelle/PDF/MPK_Beschluss_2014_HP.pdf)

Mit der Zukunftscharta „EINEWELT - unsere Verantwortung“ führt das BMZ den Dialogprozess in Deutschland. Sie fokussiert 8 Handlungsfelder:

1. Ein Leben in Würde weltweit sichern
2. Natürliche Lebensgrundlagen bewahren und nachhaltig nutzen
3. Wirtschaftswachstum mit Nachhaltigkeit und menschenwürdiger Beschäftigung verbinden
4. Menschenrechte und gute Regierungsführung fördern und fördern
5. Frieden schaffen, menschliche Sicherheit stärken
6. Kulturelle und religiöse Vielfalt respektieren und schützen
7. Innovationen, Technologien und Digitalisierung für transformativen Wandel nutzen
8. Die neue globale Partnerschaft und Multi-Akteurs-Partnerschaften für die Umsetzung entwickeln.

<https://www.zukunftscharta.de/zukunftscharta/de/home/news/single/id/1048>

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) ruft in oben genanntem Gutachten von 2011 zu einem neuen Gesellschaftsvertrag der Großen Transformation auf mit dem Ziel einer nachhaltigen klimaverträglichen Gesellschaft. Darin kommt Wissenschaft und Bildung eine zentrale Rolle zu. „Durch Bildung sollte Problembewusstsein entwickelt und systemisches Denken erlernt werden, damit Menschen die Transformation partizipativ mitgestalten können.“

[http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/factsheets/fs5/wbgu\\_fs5.pdf](http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/factsheets/fs5/wbgu_fs5.pdf)

<http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/>

BNE wird im Rahmen der SDG unter Ziel 4 als Weltaktionsprogramm BNE (Global Action Programme GAP) von 2015 – 2019 weitergeführt. Bildung kommt eine besondere Rolle für die Transformation zu.

Der Vorschlag sieht die strategische Fokussierung der Aktivitäten auf fünf Felder vor:

- Schaffung eines förderlichen Umfeldes zur festen Integration von BNE in die nationale und internationale Bildung- und Entwicklungspolitik.
- Förderung ganzheitlich-institutioneller BNE-Ansätze in Bildungseinrichtungen.
- Fähigkeiten zur BNE-Vermittlung von Lehrerinnen und Lehrern, Ausbilderinnen und Ausbildern, Erzieherinnen und Erziehern sowie weiteren "Change Agents" stärken.
- Die Jugend als wichtigen Akteur des Wandels besonders unterstützen.
- BNE-Aktivitäten in lokalen Bildungslandschaften verstärken.

BNE-Portal: <http://www.bne-portal.de/un-dekade/folgeaktivitaeten/generalkonferenz-der-unesco-nimmt-vorschlag-fuer-weltaktionsprogramm-an/>

Der konkrete Plan des Weltaktionsprogramms:

<http://www.bne-portal.de/un-dekade/folgeaktivitaeten/roadmap-zum-weltaktionsprogramm/>

Dazu auch vom VENRO das Diskussionspapier Globales Lernen als transformative Bildung für eine zukunftsfähige Entwicklung:

[http://venro.org/publikationen/?no\\_cache=1&tx\\_igpublikationen\\_publicationen%5Baction%5D=list&tx\\_igpublikationen\\_publicationen%5Bcontroller%5D=Publikationen](http://venro.org/publikationen/?no_cache=1&tx_igpublikationen_publicationen%5Baction%5D=list&tx_igpublikationen_publicationen%5Bcontroller%5D=Publikationen)

Siehe auch das Positionspapier von VENRO zu den acht Kernpunkten der SDG:

[http://venro.org/uploads/tx\\_igpublikationen/VENRO-DP\\_8Kernpunkte\\_web\\_NEU.pdf](http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/VENRO-DP_8Kernpunkte_web_NEU.pdf)

Weitere Positionspapiere und zum 2015 Prozess, der Zukunftscharter, der Afrika-Strategie etc. unter:

[http://venro.org/publikationen/?no\\_cache=1](http://venro.org/publikationen/?no_cache=1)

Mit dem Ziel die Ungerechtigkeiten im Post-2015 Prozess anzugehen sind neue Beteiligungsformate entwickelt worden. So werden verschiedene moderierte Online-Debatten und Konferenzen seitens der UN durchgeführt. Die folgende Seite kann folglich zur Debatte Indigener aller MDG sowie des Post-2015 Prozesses konsultiert werden:

<http://www.un.org/en/ga/69/meetings/indigenous/#&panel1-1>

Von der Weltkonferenz indigener Völker der Vereinten Nationen vom 10. -12. Juni 2013 gibt es auf folgender Seite das Ergebnisdokument auf Englisch:

<http://wcip2014.org/wp-content/uploads/2013/06/Adopted-Alta-outcome-document-with-logo-ENG.pdf>

Auf folgender Seite liegt das gleiche Dokument in anderen Sprachen vor und es gibt Dokumente von regionalen Untergruppen, Frauen und Minderjährigen <http://wcip2014.org/resources>

Eins ihrer Ziele ist z.B. der Ansatz Sumak kawsay /Buen Vivir, Das Gute Leben

<http://www.pachamama.org/sumak-kawsay>

Ecuador hat sich konkrete Buen Vivir (Gutes Leben) Ziele vorgenommen  
<http://www.buenvivir.gob.ec/objetivos-nacionales-para-el-buen-vivir>

Ein weiterer alternativer Ansatz in Buthan ist das Bruttoinlandsglück  
[http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/bruttoinlandsglueck\\_in\\_buthan\\_1869.htm](http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/bruttoinlandsglueck_in_buthan_1869.htm)

Stimmen der Jugend im Post-2015-Prozess finden sich in folgendem Dokument  
<http://www.youthpost2015.org/wordpress/report/youthvoices.pdf>

European Year of Development EYD2015 (Europäisches Jahr der Entwicklung 2015)  
Dazu wird es einen bundesweiten Internetkalender geben. Die Adresse kann über die Landesnetzwerke erfragt werden (ber-ev für Berlin [www.ber-ev.de](http://www.ber-ev.de) und VENROB für Brandenburg [www.venrob.org](http://www.venrob.org) )

Ein alternativer Ansatz sind die Millennium Consumption Goals  
<http://www.millenniumconsumptiongoals.org>

Im Rahmen der Transition-Town-Bewegung (etwa „Stadt im Wandel“) gestalten seit 2006 Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen in vielen Städten und Gemeinden der Welt den geplanten Übergang in eine postfossile, relokalisierte Wirtschaft. Initiiert wurde die Bewegung u. a. von dem irischen Permakulturalisten Rob Hopkins und Studenten des Kinsale Further Education College in Irland.

Ausgehend von der Beobachtung, dass die nationale und internationale Politik nicht entsprechend auf die Herausforderungen des Klimawandels und des bevorstehenden globalen Ölfördermaximums (Peak Oil) reagiert und daher die Kommunen von sich aus mit ersten vorbereitenden Maßnahmen auf eine Zukunft knapper werdender Roh- und Treibstoffe reagieren müssen, initiieren Transition Towns Gemeinschaftsprojekte. Hierzu gehören u. a. Maßnahmen zur Verbrauchsreduktion von fossilen Energieträgern sowie zur Stärkung der Regional- und Lokalwirtschaft. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die Gestaltungsprinzipien der Permakultur, die es insbesondere landwirtschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Systemen ermöglichen sollen, ähnlich effizient und resilient zu funktionieren wie natürliche Ökosysteme.

Nachfolgender Link führt zu einem Netzwerk von Transition Town Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Dort finden sich u.a. Initiativen in Berlin und Brandenburg sowie diverse Themengruppen:

[http://www.transition-initiativen.de/notes/index/show?noteKey=Was\\_ist\\_eine\\_Transition\\_Town\\_Initiative%3F](http://www.transition-initiativen.de/notes/index/show?noteKey=Was_ist_eine_Transition_Town_Initiative%3F)

## Quellen:

Die Abbildung auf Seite 2 ist der Berliner Zeitung vom 03. und 04. Januar 2015, Seite 2, entnommen.

Alle Links wurden letztmalig im Januar 2015 aktualisierend geprüft.